

Suhrkamp Verlag

Leseprobe



Hagner, Michael
Wissenschaft und Demokratie

© Suhrkamp Verlag
edition unseld 47
978-3-518-26047-0

edition unseld 47

Der Aufstieg der Wissenschaft und die Verbreitung der Demokratie wirken wie zwei leicht phasenverschobene Erfolgsgeschichten, die mit dem Ende des Kalten Krieges ihren Höhepunkt erreicht haben. Es gilt als ausgemacht, daß humane Wissenschaft nur unter den Bedingungen der Demokratie gedeihen kann; und umgekehrt soll Wissenschaft die Demokratie qua Expertise unterstützen. Allerdings stehen wir heute vor neuen Herausforderungen: Wie sollen Demokratien angesichts dramatischer Warnungen der Wissenschaftler vor dem Klimawandel reagieren? Ist Bioethik ein Garant für demokratische Partizipation oder nur Alibi der Biomedizin? Welche Konsequenzen hat die Ökonomisierung der Forschung im akademischen Kapitalismus? Solchen Fragen stellen sich in diesem Band Andrew Abbott, Roger Cooter, Petra Gehring, Michael Gordin, Michael Hagner, Bruno Latour, Philip Kitcher, Nikolas Rose und Marianne Sommer.

Michael Hagner, geboren 1960, ist Professor für Wissenschaftsforschung an der ETH Zürich. 2008 erhielt er den Sigmund-Freud-Preis für wissenschaftliche Prosa der Deutschen Akademie für Sprache und Dichtung. Zuletzt erschien *Der Hauslehrer. Die Geschichte eines Kriminalfalls* (st 4339).

Wissenschaft und Demokratie

Herausgegeben von
Michael Hagner

Suhrkamp

Die *edition unseld* wird unterstützt durch eine Partnerschaft mit dem Nachrichtenportal *Spiegel Online*. www.spiegel.de

edition unseld 47

Erste Auflage 2012

Originalausgabe

© Suhrkamp Verlag Berlin 2012

Alle Rechte vorbehalten, insbesondere das der Übersetzung, des öffentlichen Vortrags sowie der Übertragung durch Rundfunk und Fernsehen, auch einzelner Teile.

Kein Teil des Werkes darf in irgendeiner Form (durch Photographie, Mikrofilm oder andere Verfahren) ohne schriftliche Genehmigung des Verlages reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden.

Satz: TypoForum GmbH, Seelbach

Druck: Druckhaus Nomos, Sinzheim

Umschlaggestaltung: Nina Vöge und Alexander Stubić

Printed in Germany

ISBN 978-3-518-26047-0

Wissenschaft und Demokratie

Inhalt

Michael Hagner

Wissenschaft und Demokratie oder: Wie demokratisch soll die Wissenschaft sein? 9

Marianne Sommer

Die Biologie der Demokratie im wissenschaftlichen Humanismus 51

Michael D. Gordin

Abgrenzung und Demokratie. Die politischen Valenzen der Wissenschaftsgrenze 70

Roger Cooter

Preisgabe der Demokratie. Wie die Geschichts- und Geisteswissenschaften von den Naturwissenschaften absorbiert werden 88

Petra Gehring

Fragliche Expertise. Zur Etablierung von Bioethik in Deutschland 112

Andrew Abbott

Wissen zwischen Elitismus und Demokratie 140

Bruno Latour

Warten auf Gaia. Komposition der gemeinsamen Welt durch Kunst und Politik 163

Philip Kitcher

Platons Rache. Undemokratische Nachrichten von einem überhitzten Planeten 189

Nikolas Rose

Demokratie in den heutigen Biowissenschaften 215
Nachbemerkung 243

Über die Autorinnen und Autoren	244
Bildnachweise	247
Anmerkungen	248

Michael Hagner

Wissenschaft und Demokratie oder: Wie demokratisch soll die Wissenschaft sein?

Wissenschaft zwischen Demokratie und kapitalistischer Ökonomie

Unter Demokratie versteht man gemeinhin, daß politische Handlungen der Zustimmung von Mehrheiten bedürfen, die über Abstimmungen erzielt wird, während Wissenschaft nach allgemeiner Übereinkunft der Produktion neuen Wissens dient. Auf den ersten Blick verbindet die beiden nicht viel miteinander. Im Forschungsprozeß selbst haben demokratische Prinzipien keinen Platz, und auch wenn über wissenschaftliche Theorien oder den Wert von Forschungsergebnissen unter Experten leidenschaftlich diskutiert wird, abgestimmt wird über sie nicht. Unübersichtlicher wird es bei der Frage, welche Forschung überhaupt zur Förderung ansteht. Hier spielen neben rein sachlichen Gesichtspunkten auch ethische, ökonomische und soziale Aspekte eine Rolle. Interessen, Präferenzen und Werte sind dabei nicht eindeutig von immanent wissenschaftlichen Kriterien zu trennen.

Trotz der einfachen Wahrheit, daß wissenschaftliche Erkenntnis selbst kein demokratischer Aushandlungsprozeß ist, heißt das nicht, daß Wissenschaft und Demokratie sich indifferent zueinander verhalten. Offensichtlich weist der Aufstieg beider seit dem 18. Jahrhundert Parallelen und Interdependenzen auf, was zu der weitverbreiteten Ansicht geführt hat, daß Wissenschaft und Bildung zu den Grundpfeilern demokratisch verfaßter Staaten gehören. Doch was diese für den Staat leisten sollen, ist Gegenstand unterschiedlicher Ansichten, die das gesamte Spektrum von prak-

tischem Nutzen bis hin zu reiner Erkenntnis abdecken. In der historischen Entwicklung ist je nach politischer Wetterlage mal der eine, mal der andere Aspekt hervorgehoben worden, und bisweilen werden auch beide gegeneinander ausgespielt. Seit einiger Zeit ist das Pendel stark nach der Seite des Nutzens und der Verwertbarkeit ausgeschlagen. Wissen ist eine Ressource – so lautet bekanntlich das Credo der Wissensgesellschaft, das auf der Überzeugung basiert, Wissen sei die Grundlage für den Wohlstand einer Gesellschaft im globalen Wettbewerb. Staaten sind um so abhängiger vom Warencharakter des Wissens, je weniger sie über natürliche Ressourcen verfügen. Die Wissenschaften und die höheren Bildungseinrichtungen haben dieses Denken – vielleicht zu perplex, um abzuschätzen, was daraus folgt – ohne großen Widerstand übernommen. Formeln wie *Ökonomisierung der Wissenschaft* oder *akademischer Kapitalismus* werden inzwischen so selbstverständlich gebraucht, daß darüber eine andere Funktion der Wissenschaft für die Demokratie in den Kulissen zu verschwinden droht.

Die Wissenschaften haben ihre Bildungsheimat zwar an den Universitäten, aber sie spielen auch in der Schule seit langer Zeit eine dominierende Rolle. Kinder lernen nicht nur Mathematik und Sprachen, um besser rechnen und sich im Urlaub leichter verständigen zu können. Vielmehr geht es darum, daß am Beispiel der Wissenschaften ein kritisches Denken eingeübt wird, das nicht für Mystifizierungen und Simplifizierungen anfällig ist und zur Erziehung der Kinder zu verantwortungsvollen Staatsbürgern beiträgt. Zumindest in Europa herrscht noch weitgehend Einigkeit darüber, daß beispielsweise der Biologieunterricht die Schüler davor bewahren soll, die biologische Herkunft des Menschen aus der Weisheit eines göttlichen Plans abzuleiten. Analog dazu soll ihnen die Vermittlung physikalischen, histori-

schen oder literarischen Wissens Kriterien dafür an die Hand geben, fliegende Teppiche von der Gravitation, Mythen von Fakten und eine per Twitter hingeworfene Befindlichkeitsartikulation von Poesie zu unterscheiden – und auch jene Ausnahmefälle zu erkennen, in denen sich das nicht mehr so genau unterscheiden läßt.

Wissenschaft mag also nicht unbedingt demokratisch strukturiert sein, aber sie ist für die Demokratie unverzichtbar, weil sie zum eigenständigen, kritischen Denken führt. Zwar geht es in der Wissenschaft noch um ganz andere Dinge, doch nimmt man den ökonomischen und den kritischen Aspekt zusammen, so könnte man sagen: Wissen ist Macht; Wissen ist aber auch Machtkontrolle, und Wissenschaft ist der Ort, an dem beide Aspekte eingeübt, praktiziert, vorgelebt und zueinander in Beziehung gesetzt werden. Ob und in welcher Weise das gelingt, ist entscheidend für das Verhältnis von Demokratie und Wissenschaft.

Die Demokratie ist von der Wissenschaft abhängig, aber gilt das auch in umgekehrter Richtung? Gewiß, ohne Zustimmung der Bevölkerung wäre kein demokratischer Staat auf Dauer in der Lage, Wissenschaft im breiten Rahmen zu fördern, aber damit ist noch nichts darüber gesagt, auf welchen Prämissen diese Zustimmung basiert. Trotz aller Bekenntnisse zum nicht quantifizierbaren Wert der höheren Bildung wirft die Tendenz zum Primat des Ökonomischen die Frage auf, welche Effekte das auf die Wissenschaft hat. Die Rentabilität des Wissens ist nicht in der Weise einklagbar, daß man am Ende eines Jahres schaut, wie hoch die Rendite des Wissens ausgefallen ist. Je unverfrorener jedoch behauptet wird, die Wissenschaften seien nur dann sinnvoll und förderungswürdig, wenn sie für die Gesellschaft einen unmittelbaren materiellen Nutzen haben und im globalen Wettbewerb zu einer günstigen Position verhelfen, desto mehr werden sie auch

nach den Kriterien von Unternehmen und Beratungsfirmen eingestuft. Wie verhält sich diese Entwicklung zu der Übereinkunft, daß autonome, also nicht zentral gesteuerte Forschung integraler Bestandteil demokratischer Freiheit ist und Wissenschaft der Erkenntnis über die Beschaffenheit der Welt dient? Kommen sich ökonomische Erwartungshaltung und Kultivierung humaner Werte gar nicht erst ins Gehege, oder handelt es sich hier um einen Scheideweg, bei dem man sich wie Herakles für den einen oder den anderen Weg entscheiden muß? Was geschieht mit der Wissenschaft, wenn sie ökonomischen Zielen dient? Auch wenn man einräumt, daß ihre epistemischen Standards durch eine Anwendungs- und Nutzenorientierung keinen oder allenfalls einen beherrschbaren Schaden erleiden, bleibt das Problem, daß die Präferenz einer kommerziell verwertbaren Forschung dazu führt, andere Forschungszweige zu vernachlässigen, die womöglich von größerem gesellschaftlichen Nutzen wären, aber kommerziell nicht attraktiv sind.¹

Diese Konstellation hat Robert Merton schon vor Jahrzehnten mit dem Hinweis kritisiert, die Kommerzialisierung der Forschung befördere in einer demokratischen Gesellschaft antiwissenschaftliche Einstellungen.² Wenn diese These auch für die Beschreibung der gegenwärtigen Situation zutreffen sollte, folgt daraus, daß der für die fortschreitende Ökonomisierung der Wissenschaft zu entrichtende Preis ihre sichere Implementierung in der Demokratie ist. Das ist aber noch nicht alles. Wissenschaft kann, wie gesagt, unter dem Primat des Ökonomischen existieren, ohne selbstgesetzte Standards aufzugeben, sie kommt aber auch ohne Elemente des Demokratischen aus, sofern die Forschung im Interesse der entsprechenden Diktatur liegt. Das ist keine neue Einsicht, wenn man bedenkt, daß auch im nationalsozialistischen Deutschland und in der Sowjetunion exzellente Forschung be-

trieben wurde, und zwar auch über rein militärische Zwecke hinaus.

Heutzutage haben sich die Probleme verschoben. Westliche Wissenschaftler und Firmen profitieren davon, ihre Tier- und Menschenversuche oder gentechnologischen Experimente in Ländern mit geringen Einkommen und weniger oder gar nicht entwickelten demokratischen Strukturen ohne ethische Einwände und bürokratische Schwierigkeiten durchführen zu können. In ihren demokratischen Heimatländern wäre das nur mit erheblichem Aufwand zu bewerkstelligen.³ Aus einer solchen Perspektive stellt die Demokratie sogar ein Hindernis für die Forschung dar. Damit wird aber auch ein ungünstiges Licht auf das Verhältnis von Wissenschaft und Demokratie geworfen, denn so weit kann es mit der Einübung des kritischen Denkens dann doch nicht her sein, wenn es sich bei der Wissenschaft um ein opportunistisches Unterfangen handelt, das sich den jeweiligen politischen und ökonomischen Gegebenheiten anpaßt.

Wenn heute von Wissenschaft die Rede ist, bezieht sich das oftmals ganz selbstverständlich auf den sogenannten STM-Komplex (*science, technology and medicine*), der die Geisteswissenschaften ausklammert. Auch die Diskussionen um das Verhältnis von Wissenschaft und Demokratie beziehen sich fast ausnahmslos auf ihn. Dabei ist es keineswegs gleichgültig, ob das Ziel, Wissenschaft als einen Weg zum kritischen Denken anzusehen, eher durch natur- oder durch geisteswissenschaftliche Fähigkeiten oder am besten mit Hilfe einer Kombination der beiden zu erreichen ist. Intuitiv würde man vermutlich für letzteres votieren, aber gegenwärtig unterliegen die Geisteswissenschaften einem so spürbaren Werteverfall, daß man sich auch ohne Neigungen zum Alarmismus fragen muß, ob kritisches Denken nicht zunehmend unter die Räder markt- und wettbewerbsfähiger Verwertungska-

tegorien gerät. Die eindringlichen Plädoyers von Martha Nussbaum und Stefan Collini zur Bedeutung der Geisteswissenschaften für eine demokratische Gesellschaft deuten darauf hin, daß die Probleme in den USA und in Großbritannien besonders gravierend sind,⁴ aber die Problemlage läßt sich allgemeiner formulieren: Die Geisteswissenschaften werden entweder als ein verzichtbarer Luxus betrachtet, weil sie keinerlei nützliche Erkenntnisse hervorbringen und sich nicht in das ökonomische Raster einfügen lassen;⁵ oder sie werden als Gefahr angesehen, weil sie eine skeptische Haltung pflegen, die der profitorientierten Zirkulation von Wissen als Ware im Wege steht.⁶ Wie verbreitet auch immer diese Auffassungen sein mögen: Offensichtlich hat die Ökonomisierung der Wissenschaften dazu beigetragen, daß die *Maxime Wissen ist Machtkontrolle* gegenüber der *Maxime Wissen ist Macht* ins Hintertreffen geraten ist.

Der Autoritätsverlust von Wissenschaft und Demokratie

Kommerzialisierung bzw. Ökonomisierung der Wissenschaft sowie die Unterdrückung der Geisteswissenschaften sind nur zwei der gegenwärtig relevanten Facetten des Verhältnisses von Wissenschaft und Demokratie. Daneben gibt es die neuen technologischen und therapeutischen Möglichkeiten der Biomedizin – man denke nur an die immer einfacher und kostengünstiger werdenden Gentests oder an die personalisierte Medizin –, die Gesetzgeber, Parlamente, Ethikkommissionen, Intellektuelle und Selbsthilfegruppen in einem noch vor einiger Zeit nicht für möglich gehaltenen Ausmaß beschäftigen und die Frage nach einer demokratischen Partizipation von (betroffenen) Bürgerinnen und Bürgern in ganz neuer Weise aufwerfen. Oder man betrachte die

Effekte, die politisch reaktionäre Gruppierungen wie die Kreationisten und die Leugner des Klimawandels in demokratischen Staaten haben, und wie ihre Vertreter in einer mehr oder weniger geschickten Mischung aus Pochen auf demokratische Rechte und perfider Instrumentalisierung der richtigen Einsicht, daß wissenschaftliches Wissen stets vorläufig und absolute Gewißheit auf diesem Wege nicht zu haben ist, ideologisches Kapital schlagen.

Der Erfolg von Kreationisten und Klimaskeptikern, insbesondere in den USA, lenkt auch den Blick darauf, wie Wissenschaftler und wissenschaftliche Institutionen in der Öffentlichkeit auftreten. Die Intention, Wissenschaft in der Sphäre des Demos zu plazieren, ist seit dem 19. Jahrhundert von dem Wunsch getrieben worden, das Bildungsniveau der Bevölkerung den wissenschaftlich-technologischen Entwicklungen anzupassen. Immer wieder wurde die Sorge geäußert, daß eine zu große Kluft zwischen diesen rasanten Entwicklungen und deren allgemeinem Nachvollzug in der Gesellschaft ein Problem für die Demokratie darstelle, weil dadurch neue Machtcluster gebildet würden, die nicht mehr der gesellschaftlichen Kontrolle unterstehen und somit möglicherweise der Allgemeinheit nicht mehr zugute kommen. Es geht also um öffentliche Bildung. Da aber auch diese von Strategien und Repräsentationsformen abhängig ist, die in anderen Gebieten besonders erfolgreich bei der Eroberung der Öffentlichkeit waren, läßt sich seit einiger Zeit beobachten, daß die Wissenschaften und insbesondere ihre Prestige- und Großprojekte in der Öffentlichkeit strategisch so lanciert werden wie das neue Markenprodukt eines globalen Konzerns. Dabei verweisen die erheblichen Anstrengungen, die von Förderungsinstitutionen, Politik und Wissenschaftsmanagern eingefordert werden, um der Wissenschaft ein angemessenes Stück vom öffentlichen Aufmerksamkeitskuchen zu sichern, auf ein Problem,

das diese mit der Demokratie teilt. Es besteht darin, daß beide in den letzten Jahrzehnten erheblich an Autorität, Ansehen und Appeal verloren haben.

In seiner Analyse der (post)demokratischen Situation hält Colin Crouch fest, daß Politiker Ansehen und Respekt, die man ihnen einst entgegenbrachte, weitgehend eingebüßt haben. Um diesen Verlust zu kompensieren, versuchen sie die Stimmung der Öffentlichkeit zu ermitteln und herauszufinden, was die »Kundschaft« von ihnen fordert. Dazu bedienen sie sich der Methoden aus denjenigen gesellschaftlichen Bereichen, deren Ansehen, Selbstvertrauen und Selbstsicherheit nicht gelitten haben: Marketing und Unterhaltungsindustrie. In diesen Bereichen geht es aber keineswegs darum, Argumente zu entwickeln und durchzusetzen, sondern darum, Produkte zu verkaufen. Eine Erosion des Demokratischen sieht Crouch darin, daß die Bürger zumindest teilweise in die Rolle passiver, manipulierter, vielleicht auch gut unterhaltener Konsumenten abgedrängt werden und daß dadurch die ohnehin schon ausgeprägte Politikverdrossenheit noch weiter verstärkt wird.⁷

Ich möchte nicht behaupten, das Ansehen der Wissenschaftler habe in gleicher Weise gelitten wie dasjenige der Politiker, aber es spricht viel dafür, daß der Respekt, der ihnen immer noch entgegengebracht wird, davon abhängt, in welchem Maße sie sich dazu gezwungen sehen, ihre Themen mit den Instrumenten des Branding und der Marketingkampagnen zu lancieren. Man kann es auch mit folgenden Worten formulieren: »Die Wissenschaft ist jetzt ein Akteur unter anderen auf dem Markt des Wissens, und sie verhält sich entsprechend, mit den unvermeidlichen Glaubwürdigkeitsverlusten, die Eigenwerbung mit sich bringt.«⁸ Noch komplizierter wird die Situation, wenn eine Wissenschaft unter dem Druck steht, politisch verwertbare Resultate zu liefern, die

Forscher wegen der Komplexität des Gegenstandes allerdings nicht zu eindeutigen Resultaten kommen. Das läßt sich am Beispiel der Klimaforschung nachvollziehen. Vorausgeschickt sei, daß man mit den politischen Interventionen der Klimaforscher völlig einverstanden sein kann (wie ich es zum Beispiel bin) und gleichzeitig konstatieren muß, daß sie mit ihren Bemühungen, die Klimapolitik zu steuern, auf erheblichen Widerstand gestoßen und zumindest vorerst gescheitert sind.⁹ Die Gründe dafür sind zu vielfältig, um sie hier näher betrachten zu können,¹⁰ aber auf einen Punkt möchte ich doch aufmerksam machen: Die Klimaforscher sind mit Strategien in die große politische Arena getreten, die sich zum Teil der Methoden des Marketing und der Inszenierung bedienen. Für die Leugner des Klimawandels war das ein Ansatzpunkt, um einige, im Grunde nicht gravierende Ungeheimheiten und Fehler – ebenfalls mit den Mitteln der Inszenierung und des Marketing – so aufzublasen, daß die Klimaforscher sich prompt genötigt sahen, ihre Autorität und ihr Ansehen zu verteidigen.

Man kann mit Recht einwenden, daß die Klimaforscher kaum über andere als die erwähnten Möglichkeiten verfügen, um sich global Gehör zu verschaffen. Doch ändert das nichts daran, daß Wissenschaftler sich keinen Gefallen tun, wenn sie ihren Wertehimmel mit zu vielen Elementen des Produktmarketing bestücken und ihre in vielen Fällen abstrakten und unverständlichen Forschungen mittels Branding sowie Instrumenten aus der Unterhaltungsindustrie in die Öffentlichkeit tragen. Das mag zu kurzfristigen Erfolgen führen, doch längerfristig dürfte es einerseits kaum ausbleiben, daß die herkömmlichen und bewährten epistemischen Tugenden wegen des Drucks und der damit verbundenen Abkürzungen auf dem Parcours der wissenschaftlichen Sorgfalt Schaden nehmen. Andererseits werden Wissenschaftler und

ihre Tätigkeit schleichend nach den Kriterien beurteilt, die auch für Politik, Wirtschaft oder Celebrity Culture gelten.

Wissenschaft ist ebensowenig wie Demokratie unabhängig von den Werten und Kategorien, Sprachspielen und Repräsentationen, die sie sich zu eigen macht. Dazu vergegenwärtige man sich nur die Verschiebung bei der Definition von Begriffen wie Wissen, Glück oder Freiheit. Bei allen dreien gibt es eine Tendenz, anspruchsvolle Entwürfe durch eine dürre Prosa zu ersetzen, die sich auf die Ermittlung meß- bzw. quantifizierbarer Zustände beschränkt. Wissen ist demnach ein verwertbarer *content* oder eine nützliche Information, die schnell abrufbar sein muß, nicht mehr ein allmählich sich entwickelndes Gewebe von Kenntnissen und Einsichten, die eine gewisse Orientierung erlauben; Glück ist eine kurzfristige Ausschüttung bestimmter Hormone oder auch ein neuronales Impulsgeknatter und nicht mehr das vielleicht lohnenswerteste Ziel, auf das man hinarbeitet; Freiheit als Willensfreiheit ist eine neuronale Illusion und nicht mehr ein Begriff, der Begründungen oder Argumenten überhaupt erst ihre Bedeutung verleiht. Es geht gar nicht darum, eine einheitliche Doktrin zu etablieren, die ein für allemal festlegt, was unter Wissen, Glück oder Freiheit zu verstehen sei. Gegen überhöhte Erwartungen und Ansprüche kann die dürre Prosa beizeiten sogar ein nützliches Antidot sein. Doch wenn Ideale auf Akutzustände und Dosisveränderungen sowie Waren-, Geld- und Aufmerksamkeitsflüsse reduziert werden, dann haben Wissenschaft und Demokratie gleichermaßen ein Problem.

Die Aufzählung besorgniserregender Symptome hat nicht den Zweck, einen früheren Zustand heraufzubeschwören, in dem alles besser war. Den gab es nämlich nicht. Die Demokratie hat ihre Sternstunden gehabt, sich aber auch immer wieder gegen innere und äußere Anfechtungen durchsetzen müssen. Für die Wis-

senschaften ist der Krisenzustand nicht ganz so notorisch, aber zweifellos hat es in der Moderne immer wieder bedrohliche Anfechtungen gegeben. Deswegen ist es in analytischer Hinsicht wenig hilfreich, global von einer Krise der Wissenschaften oder einer krisenhaften Beziehung zwischen ihr und der Demokratie zu sprechen. Wer nach einer Krise sucht, wird immer fündig. Es ist viel ergiebiger, die unterschiedlichen Problemlagen im Verhältnis von Wissenschaft und Demokratie genauer zu untersuchen und sich dabei an den oben skizzierten Stichworten – Kommerzialisierung und Öffentlichkeit, Unterdrückung der Geisteswissenschaften und Vertrauen auf technokratisches Management, Biomedizin und Klimawandel sowie politische Diktaturen und Fundamentalismus – zu orientieren.

Worin könnten die demokratischen Potentiale der Wissenschaft unter den gegenwärtigen Bedingungen bestehen? Was kann sie zur Sicherung der Demokratie beitragen, wo bestehen Reibungsflächen? Was könnte die Wissenschaft umgekehrt von der Demokratie lernen, und worin bestehen deren Verpflichtungen für den Erhalt der Wissenschaft? All diese Fragen sind heute mindestens ebenso relevant wie in den mittleren Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts, als die Beziehung von Wissenschaft und Demokratie Dreh- und Angelpunkt soziologischer, politischer und wissenschaftsphilosophischer Diskussionen war. Gleiche Relevanz bedeutet jedoch nicht, daß auch die Problemlagen dieselben sind. Mit den globalen Umwälzungen in Ökonomie und Medientechnologie sowie dem Aufstieg einer nichtdemokratischen Supermacht wie China ergeben sich andere Konstellationen als vor der historischen Zäsur von 1989.

Eine umfassende historische Übersicht der Beziehung von Demokratie und Wissenschaft wäre wünschenswert,¹¹ liegt aber jenseits der Möglichkeiten dieses Essays. Die Spuren werden eben-

sowenig ins antike Athen wie ins London des 17. Jahrhunderts zurückverfolgt, als Robert Boyle und Thomas Hobbes sich darum stritten, ob nun das Politische oder die Wissenschaft den Vorrang habe.¹² Die Hoffnung Condorcets und anderer Aufklärer, daß die Wissenschaften eine freiheitliche Gesellschaftsordnung befördern mögen, wird ebenso übersprungen wie der berühmte Satz »La république n'a pas besoin de savants«,¹³ mit dem kurz nach der Französischen Revolution Antoine Lavoisier aufs Schafott geschickt wurde. Und auch die 1848er Revolutionszeit in Europa, als die Popularisierung des wissenschaftlichen Wissens zum Bestandteil des Demokratisierungsprozesses wurde, bleibt unberücksichtigt.¹⁴ Mein pointillistischer Überblick setzt mit dem sogenannten Zeitalter der Extreme im 20. Jahrhundert ein, weil erst zu jener Zeit, im Angesicht erbitterter Auseinandersetzungen der politischen Blöcke, Verflechtungen zwischen Wissenschaft und Demokratie behauptet, kontrovers diskutiert, instrumentalisiert und auch theoretisiert wurden. Für die Demokratietheorie war diese historische Konstellation vielleicht nur eine Fußnote, für die Entwicklung der Wissenschaftsforschung war sie konstitutiv. Darauf werde ich im nächsten Abschnitt genauer eingehen.

Nimmt man das Jahr 1933 als Fluchtpunkt, so lassen sich seitdem drei ineinander übergehende Phasen identifizieren, in denen Wissenschaft und Demokratie auf denkbar unterschiedliche Weise verhandelt worden sind.¹⁵ Die erste war von den Auseinandersetzungen der westlichen Demokratien mit den totalitären Systemen des Nationalsozialismus und des Kommunismus bestimmt und orientierte sich an der These, Wissenschaft könne sich nur in einer demokratischen Gesellschaft zu voller Blüte entfalten, was umgekehrt der Demokratie entscheidend zugute komme. Die zweite Phase begann in den späten fünfziger Jahren und artikulierte ein tiefes Mißtrauen: Wissenschaft und Technologie